24.06.2013 Protokoll Politikerwoche - Gespräch mit Sönke Rix (SPD)

Deutscher Bundestag – Paul-Löbe-Haus
anwesend: Eva-Maria Meckel, Johannes Mann, Hanin Ibrahim, Ole Fabricius

- kurze Begrüßungs-/Vorstellungsrunde

- BFD VS FÖJ/FSJ

gleich zu Beginn hat Sönke Rix darauf aufmerksam gemacht, dass die SPD damals gegen die Einführung des Bundesfreiwilligendienst war und ihn immer noch kritisch sieht. Er hätte die Gelder vom Zivildienst lieber in den Ausbau der bestehenden Jugendfreiwilligendienste investiert.

- Arbeitsmarktneutralität

→ Eine hundertprozentige Arbeitsmarktneutralität sei nicht zu gewährleisten – das Thema sei eine Grauzone. Im BFD werde deutlich, dass der Dienst teilweise von Arbeitsämtern als arbeitspolitische Maßnahme missbraucht werde. Zudem sei es problematisch, dass viele BFD-Stellen ehemalige Zivildienststellen sind, die keiner Überprüfung zur Tauglichkeit als BFD-Platz unterzogen worden seien. Dies sieht er problematisch.

- Ombudstelle

→ Die SPD plädiere für eine bundesweite Anlaufstelle für Freiwillige, welche neutral und unabhängig sein soll. So könnten Freiwillige ihre Beschwerden, Bedenken und Probleme auch anonym mitteilen, ohne sich dafür an den Träger wenden zu müssen, der ja auch eigene Interessen vertrete und damit nicht unabhängig sei.

Diese Idee nahmen wir sehr positiv auf.

- Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten

Wir haben uns auch bei Sönke Rix dafür ausgesprochen, dass wir es für besonders wichtig erachten, dass alle Freiwilligendienste in Deutschland ein bundesweites Sprechersystem beinhalten, sodass Bundessprecher von allen Freiwilligendiensten zusammen arbeiten können und die Freiwilligen sich vernetzen können.

- → Rix befürwortet unsere Forderung. Alle Freiwilligendienste sollten ein Sprechersystem haben und auch gleich finanziert werden. Die Sprecher sollten dabei egal, für welchen Dienst sie sprechern gleichberechtigt werden. (Trägerunabhängig). → Nachfrage unsererseits, wie genau man ein Sprechersystem in den anderen Freiwilligendiensten durchsetzen könnte, was von Bundesebene aus getan werden könnte.
- → Rix erklärt, man könne lediglich die einzelnen Länder unter Druck setzen, zu handeln, da der Bund aufgrund des Subsidiaritätsprinzips nicht in Angelegenheiten der Länder eingreifen darf. Denkbar wäre jedoch auch die Ergänzung des Jugendfreiwilligendienstgesetz um einen Paragraphen, der ein Sprechersystem voraussetzt.

- Wahlverordnung im Bundesfreiwilligendienst

Im BFD soll es auch ein Sprechersystem geben, eine entsprechende Wahlverordnung wurde im März im Bundesgesetzesblatt veröffentlicht. Dazu haben wir einen Fragenkatalog und Kritikpunkte ausgearbeitet und bieten an, ihm diesen zu zusenden. Darunter zum Beispiel: Wie wird das Sprechersystem bezüglich der Altersoffenheit U27/Ü27 im BFD gestaltet? Wie wird sichergestellt, dass jeder BFDler abstimmen kann, wenn eine Abstimmung nur online möglich ist?

Rix sehe einige Punkte ebenfalls kritisch, grundsätzlich müsse man das System nun erst einmal anlaufen lassen und die Entwicklungen beobachten. Er sei sehr interessiert an unseren Anmerkungen und bat um die Zusendung.

- Doppelrolle des BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben) im BFD

Das BAFzA fungiert im BFD für einige Einsatzstellen als Träger. Gleichzeitig soll das BAFzA als staatliches Organ die Arbeit der Einsatzstellen und Träger kontrollieren. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip missachtet – und das BAFzA kontrolliert sich selbst. Die Neutralität und Gleichwertigkeit der Träger ist damit nicht gegeben, da einige zivilgesellschaftlich sind und das BAFzA staatlich ist. Freiwillige, dessen Träger das BAFzA ist, müssen sich bei Problemen somit direkt an die staatliche Stelle wenden, die sich dabei selbst kontrollieren soll. Das sehen wir als äußerst problematisch.

→ Rix sehe die Doppelrolle des BAFzA genau wie wir kritisch, habe das Modell sowieso von Beginn an kritisiert und verweist wieder auf den Vorschlag der SPD eine Ombudstelle einzurichten.

- Partizipation und Klausurtagung Freiwilligendienste

Erklärung der aktuellen Situation: Bezüglich der Tagung haben wir noch keinerlei offizielle Antwort auf unseren Appell und unsere Nachfrage zu Ergebnissen der Tagung vonseiten des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) erhalten. Ein geplantes Gespräch während der Politikerwoche mit Dr. Jens Weingärtner aus dem BMFSFJ wurde abgesagt, ohne dass wir einen Grund erfahren haben. Wir betonten, dass wir gern mehr Informationen zur freiwilligendienstpolitischen Arbeit erhalten und andersherum unsere Ideen gern miteinbringen würden.

→ Rix kritisiert, dass wir so wenig mit einbezogen werden und keine Transparenz erfahren. Er bot an, eine Anfrage an Familienministerin Kristina Schröder zu stellen, was bei der Tagung besprochen wurde und wie das Ergebnis bezüglich Beteiligung der FÖJ Sprecher aussieht.

- Anerkennungskultur

Freiwilligendienste werden im Gegensatz zu dem Zivildienst noch nicht sehr positiv in der Gesellschaft anerkannt. Seit 2012 gibt es einen bundesweit einheitlichen Freiwilligendienstausweis, der jedoch in der Praxis oft noch nicht anerkannt wird. Freiwilligendienstleistende sind für Ermäßigungen gesetzlich mit Azubis gleichgesetzt. Freiwillig Wehrdienstleistende können teilweise kostenlos mit der Deutschen Bahn fahren, solche Vergünstigungen gibt es in anderen Diensten nicht. Die Befreiung vom Rundfunkgebührenbeitrag, Ermäßigungen bei der Deutschen Bahn, Anerkennung des Ausweises und in der Gesellschaft würden zur Verbesserung der Anerkennungskultur beitragen.

→ Rix merkte an, dass vom Bund mehr Impulse kommen müssten und kritisiert, dass zu viel über Gelder und Summen diskutiert werde und solche inhaltlichen Themen vollkommen außen vor blieben. Eine entsprechende Aufklärungs-/Werbekampagne vonseiten des BMFSFJ sei denkbar, um eine Anerkennung zu erzielen. Weiter kritisiert er, dass die Regierung sich auf die Einführung der bundesweit einheitlichen Ausweise ausruhe. Die SPD könne sich beispielsweise vorstellen, dass Wartesemester für Freiwilligendienstleistende doppelt gewertet werden.

-Taschengelder/Pauschalen für Freiwillige

Rix nannte das Thema Taschengelder und sprach sich für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Mindestgrenze aus. Es müsse gesichert werden, dass jeder – unabhängig von finanziellen Mitteln - die Möglichkeit erhält, einen Freiwilligendienst zu leisten.

- Ökologisch VS sozial

Nachfrage unsererseits, wieso es so viele Einsatzstellen in FSJ und BFD gibt und verhältnismäßig enorm wenige im FÖJ und ÖBFD, wo doch der ökologische Bereich immer mehr an Bedeutung gewinnt.

→ Genaue Umstände seien nicht bekannt; denkbar wäre, dass es mit der Refinanzierbarkeit zu tun haben könnte. Im sozialen Bereich seien Einsatzstellen oft mit zahlenden Kunden verbunden (Krankenhäuser, Pflegestellen, Betreuung), während im ökologischen Bereich oft Projekte unterstützt würden, die vorrangig der Natur dienen.

- Inhalte der politischen Debatten

Ein wichtiges Anliegen für Rix war es, dass in Zukunft mehr über inhaltliche Punkt, wie Anerkennungskultur, Betreuung, Pädagogik oder Bildungsseminare debattiert werden müsse. Leider würde fast ausschließlich über Gelder und Zahlen gesprochen. Diesen Punkt hat er mehrfach ausdrücklich betont.

- Sprechersystem im FÖJ

Anmerkung von uns, dass es durch die Initiative des BMFSFJ ein Gremium aus verschiedenen Akteuren aus Zivilgesellschaft und Politik geben soll, dass sich mit dem Sprechersystem im FÖJ beschäftigen und unsere Zuständigkeiten und Aufgaben definieren und festlegen will. Zu diesem Gremium wurden wir bisher jedoch nicht eingeladen und genauere Informationen dazu fehlen uns leider. Deshalb haben wir darum gebeten, Informationen anzufragen. Wir äußerten die Vermutung, dass das Sprechersystem verändert werden könnte.

→ Rix entgegnete, dass er von dem Gremium nichts wisse, dass er eine Veränderung des Sprechersystems im FÖJ jedoch nicht für wahrscheinlich halte.

- Pusteblume

Zum Ende haben wir ihm die neue Ausgabe unserer FÖJ-Zeitung Pusteblume übergeben und erklärt, wie wichtig wir es finden, die Vernetzung der FÖJler über unseren Blog und die Zeitung aufrecht zu erhalten, über unsere Tätigkeiten zu informieren und allen die Chance zu geben, sich einzubringen.